S 6 R 80/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Zuordnung der Kindererziehungszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung zur Mutter, wenn sich ohne Abgabe einer übereinstimmenden Erklärung zur Zuordnung der Erziehungszeit bei gemeinsamer Erziehung keine überwiegende Erziehung eines Elternteils feststellen lässt – Verfassungsmäßigkeit – keine Anwendbarkeit für verschiedengeschlechtliche Elternteile der bei gleichgeschlechtlichen Elternteilen einen monatlichen Wechsel der Zuordnung ermöglichenden Auffangreglung – Beiladung – Vormerkung
Leitsätze	1. Es bestehen auch für Zeiträume bis 2011 und darüber hinaus keine verfassungsrechtlichen Bedenken dagegen, dass die Erziehungszeit der Mutter zugeordnet wird, wenn Eltern ein Kind gemeinsam erziehen, ohne eine übereinstimmende Erklärung zur Zuordnung der Erziehungszeit abzugeben und ohne dass sich eine überwiegende Erziehung durch einen Elternteil feststellen lässt. 2. Geben gemeinsam erziehende Eltern keine übereinstimmende Erklärung zur Zuordnung der Erziehungszeit ab, kommt eine Aufteilung der Erziehungszeit im monatlichen Wechsel zwischen den Elternteilen nicht in Betracht, wenn die Erziehung durch verschiedengeschlechtliche Elternteile und dabei auch durch die Mutter erfolgt.
Normenkette	SGB VI § 56 Abs 1 S 2 Nr 1; SGB VI § 56

	Abs 2 S 1 F: 2018-11-28; SGB VI § 56 Abs 2 S 2 F: 2018-11-28; SGB VI § 56 Abs 2 S 3 F: 2018-11-28; SGB VI § 56 Abs 2 S 8 F: 2018-11-28; SGB VI § 56 Abs 2 S 9 Teils 1 F: 2018-11-28; SGB VI § 56 Abs 2 S 9 Teils 2 F: 2018-11-28; SGB VI § 56 Abs 2 S 9 Teils 3 F: 2018-11-28; SGB VI § 56 Abs 2 S 10 F: 2018-11-28; SGB VI § 57 S 1; SGB VI § 149 Abs 3; SGB VI § 149 Abs 5; SGG § 75 Abs 2 Alt 1; SGG § 168 S 2; GG Art 3 Abs 1; GG Art 3 Abs 2 S 1; GG Art 3 Abs 2 S 2; GG Art 3 Abs 3 S 1; GG Art 6 Abs 1; GG Art 6 Abs 2 S 1

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 R 80/18
Datum	09.03.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 R 122/20
Datum	21.02.2023

3. Instanz

Datum	18.04.2024

Â

Die Revision des KlÃ¤gers gegen das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts vom 21.Â FebruarÂ 2023 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Kosten sind auch fÃ¼r das Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Der KlÃ¤ger begehrt die Vormerkung von Kindererziehungszeiten und weiteren BerÃ¼cksichtigungszeiten wegen Kindererziehung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

2
Der 1958 geborene KlÃ¤ger und die 1974 geborene U (im Folgenden: Kindsmutter) lebten zunÃ¤chst in hÃ¤uslicher Gemeinschaft mit ihrer 2001 geborenen Tochter. Eine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung zur Zuordnung der Erziehungszeit gaben sie nicht ab. Bei einer 2002 durchgefÃ¼hrten KontenklÃ¤rung machte der KlÃ¤ger

keine Kindererziehungszeiten geltend. Er war nach der Geburt der Tochter weiterhin in Vollzeit beschÃ¤ftigt. Die Kindsmutter, die bis knapp fÃ¼nf Wochen vor der Geburt der Tochter geringfÃ¼gig beschÃ¤ftigt gewesen war, nahm kurz vor deren sechsten.Â Geburtstag wieder eine geringfÃ¼gige BeschÃ¤ftigung auf. Am 10.11.2008 zog sie aus der gemeinsamen Wohnung aus und lebt seitdem vom KlÃ¤ger und der Tochter dauerhaft getrennt. Am 18.4.2009 meldete sie sich von ihrem letzten Wohnsitz in Deutschland ins Ausland ab, ihr Aufenthalt seitdem ist unbekannt. Das Ruhen ihrer elterlichen Sorge wurde familiengerichtlich festgestellt.

3
Auf Antrag des KlÃ¤gers vom 28.4.2017 merkte die sein Versichertenkonto fÃ¼hrende Beklagte die Zeit vom 10.11.2008 bis zum 18.7.2011 als BerÃ¼cksichtigungszeit wegen Kindererziehung vor. Die Vormerkung von Kindererziehungszeiten fÃ¼r die Zeit vom 1.8.2001 bis zum 31.7.2004 lehnte sie ab, ebenso die Vormerkung von BerÃ¼cksichtigungszeiten wegen Kindererziehung fÃ¼r die Zeit vom 19.7.2001 bis zum 9.11.2008 (Bescheid vom 25.9.2017; Widerspruchsbescheid vom 30.1.2018).

4
Das SG hat die dagegen erhobene Klage abgewiesen, nachdem es den KlÃ¤ger zum Umfang der Erziehungsanteile der Eltern befragt und AuskÃ¼nfte bei dem von der Tochter besuchten Kindergarten, bei ihrer Grundschule sowie ihrer KinderÃ¤rztin eingeholt hatte; eine schriftliche ErklÃ¤rung eines Kollegen des KlÃ¤gers sowie Korrespondenz mit seinem Arbeitgeber haben vorgelegen (Urteil vom 9.3.2020). Die Berufung des KlÃ¤gers hat das LSG mit Urteil vom 21.2.2023 zurÃ¼ckgewiesen. FÃ¼r den streitbefangenen Zeitraum vor dem Auszug der Kindsmutter sei von einer gemeinsamen Erziehung der Tochter durch die Eltern auszugehen. Die Zuordnung der Kindererziehungszeiten orientiere sich daher vorrangig am Ã¼bereinstimmenden Elternwillen. Da dieser hier nicht erklÃ¤rt worden sei, werde die Ã¼berwiegende Erziehungsleistung maÃgeblich. Es habe sich jedoch kein Ã¼berwiegender Erziehungsanteil des KlÃ¤gers bereits im streitbefangenen Zeitraum nachweisen lassen. Bezogen auf den Teilzeitraum von der Geburt der Tochter bis zur Aufnahme in den Kindergarten habe der KlÃ¤ger nichts vorgetragen. Es bestÃ¼nden auch sonst keine Anhaltspunkte dafÃ¼r, dass er die Tochter im Baby- und Kleinkindalter neben seiner VollzeittÃ¤tigkeit versorgt habe, wÃ¤hrend die Kindsmutter in diesem Teilzeitraum keiner BerufstÃ¤tigkeit nachgegangen sei. Ebenso wenig lasse sich feststellen, dass wÃ¤hrend der Kindergarten- und Grundschulzeit sein Erziehungsanteil gegenÃ¼ber demjenigen der Kindsmutter Ã¼berwogen habe. Die Erziehungszeit sei daher gemÃ¤Ã Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI der Kindsmutter zuzuordnen. Die Regelung, die auch nach der zum 1.1.2019 erfolgten Neufassung des Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 8 bisÂ 10 SGBÂ VI bloÃ als widerlegliche Vermutung anzuwenden sei, verstoÃe nicht gegen Verfassungsrecht. Die Zuordnung der Erziehungszeit orientiere sich, um keine Ã¼berkommenen Rollenbilder festzuschreiben und die erziehenden VÃ¤ter nicht zu diskriminieren, vorrangig am gemeinschaftlichen Willen der Eltern und, wenn dieser nicht erklÃ¤rt worden sei, an der Ã¼berwiegenden Erziehungsleistung. Erst nachrangig erfolge eine Zuordnung bei der Mutter. Die Regelung, die auch nach der GesetzesÃ¤nderung zum 1.1.2019 beibehalten worden sei, diene der

eigenstÃ¤ndigen sozialen Sicherung von Frauen. Die nunmehr in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 10 SGBÂ VI vorgesehene Regelung zur Aufteilung der Erziehungszeiten im kalendermonatlichen Wechsel zwischen den Elternteilen komme nur zur Anwendung, wenn bei gleichgeschlechtlichen Eltern keine Zuordnung der Elternzeit nach SatzÂ 9 mÃ¶glich sei.

5
Hiergegen wendet sich der KlÃ¤ger mit seiner vom LSG zugelassenen Revision. Er rÃ¼gt ua eine Verletzung der gleichheitsrechtlichen Anforderungen aus ArtÂ 3 AbsÂ 3 SatzÂ 1 iVm ArtÂ 3 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG. Er werde aufgrund seines Geschlechts benachteiligt. Das hinter der Zuordnungsregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI stehende Rollen- und Familienbild entspreche auch nicht mehr der gesellschaftlichen RealitÃ¤t. Eine an das Geschlecht anknÃ¼pfende Benachteiligung liege ferner darin, dass bei gleichgeschlechtlichen Elternpaaren in vergleichbarer Situation die Kindererziehungszeiten zu gleichen Teilen zwischen den Elternteilen aufgeteilt wÃ¼rden.

6
Der KlÃ¤ger beantragt,

die Urteile des Hessischen Landessozialgerichts vom 21.Â FebruarÂ 2023 und des Sozialgerichts Darmstadt vom 9.Â MÃ¤rzÂ 2020 aufzuheben und die Beklagte unter Ãnderung ihres Bescheids vom 25.Â SeptemberÂ 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.Â JanuarÂ 2018 zu verpflichten, fÃ¼r den KlÃ¤ger Kindererziehungszeiten vom 1.Â AugustÂ 2001 bis zum 31.Â JuliÂ 2004 und weitere BerÃ¼cksichtigungszeiten wegen Kindererziehung vom 19.Â JuliÂ 2001 bis zum 9.Â NovemberÂ 2008 vorzumerken.

7
Die Beklagte beantragt,

die Revision des KlÃ¤gers zurÃ¼ckzuweisen.

8
Sie erachtet das angegriffene Urteil als zutreffend.

II

9
A.Â Die statthafte und auch im Ãbrigen zulÃ¤ssige Revision des KlÃ¤gers ist unbegrÃ¼ndet und daher zurÃ¼ckzuweisen (Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG).
10
I.Â Gegenstand der revisionsrechtlichen ÃberprÃ¼fung ist neben den vorinstanzlichen Entscheidungen der Bescheid vom 25.9.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.1.2018, soweit die Beklagte darin die Vormerkung der Zeit vom 1.8.2001 bis zum 31.7.2004 als Kindererziehungszeit und der Zeit vom 19.7.2001 bis zum 9.11.2008 als weitere BerÃ¼cksichtigungszeit wegen Kindererziehung ablehnte. Es handelt sich um einen auÃerhalb eines

KontenklÃ¤rungsverfahrens (Â§Â 149 AbsÂ 4 undÂ 5 SGBÂ VI) ergangen Vormerkungsbescheid (sog ausgelagerter Vormerkungsbescheid; vgl hierzu BSG Urteil vom 16.6.2021 Â BÂ 5Â RE 5/20Â RÂ BSGE 132, 198 =Â SozR 42400 Â§Â 26 NrÂ 5, RdNrÂ 15). Der KlÃ¤ger verfolgt sein auf den Erlass eines geÃ¤nderten Vormerkungsbescheids gerichtetes Begehren zutreffend mit einer kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage (Â§Â 54 AbsÂ 1 SatzÂ 1 AltÂ 1 iVm AltÂ 2, Â§Â 56 SGG).

11
II.Â Einer Sachentscheidung des Senats steht nicht entgegen, dass eine Beiladung der Kindsmutter unterblieben ist. Zwar ist in einem Rechtsstreit um die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei einem Elternteil grundsÃ¤tzlich der andere Elternteil notwendig beizuladen nach Â§Â 75 AbsÂ 2 AltÂ 1 SGG (stRspr; vgl zB BSG Urteil vom 27.6.1990 Â 5Â RJ 6/90Â SozR 31500 Â§Â 75 NrÂ 3 SÂ 6; BSG Urteil vom 29.10.2002 Â BÂ 4Â RA 6/02Â RÂ SozR 32600 Â§Â 71 NrÂ 3 SÂ 31; BSG Urteil vom 5.4.2023 Â BÂ 5Â R 36/21Â RÂ SozR 46710 ArtÂ 4 NrÂ 3 RdNrÂ 14). Das Unterlassen einer notwendigen Beiladung ist ein im Revisionsverfahren von Amts wegen zu berÃ¼cksichtigender VerfahrensverstoÃ (stRspr; vgl zB BSG Urteil vom 11.5.2011 Â BÂ 5Â R 22/10Â RÂ juris RdNrÂ 18 mwN), der, wenn die Beiladung nicht im Revisionsverfahren nach Â§Â 168 SatzÂ 2 SGG nachgeholt wird, regelmÃ¤Ãig zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur ZurÃ¼ckverweisung fÃ¼hrt. Dass der Aufenthalt der Kindsmutter unbekannt ist, steht ihrer Beiladung nicht entgegen. Insoweit wÃ¤re vom LSG und bereits vom SG eine Ã¶ffentliche Zustellung des Beiladungsbeschlusses nach Â§Â 75 AbsÂ 3 SatzÂ 1, Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 185 NrÂ 1 ZPO in Betracht zu ziehen gewesen (vgl zu den Voraussetzungen einer Ã¶ffentlichen Zustellung zB BSG Beschluss vom 14.12.2023 Â BÂ 4Â AS 72/23Â BÂ juris RdNrÂ 7 mwN). Eine unterbliebene notwendige Beiladung zieht jedoch dann keine Aufhebung des angefochtenen Urteils und ZurÃ¼ckverweisung nach sich, wenn sich im Revisionsverfahren ergibt, dass die Klage in jedem Fall abgewiesen werden muss (vgl grundlegend BSG Urteil vom 18.1.1990 Â 4Â RA 4/89Â BSGEÂ 66, 144, 146 =Â SozR 35795 Â§Â 6 NrÂ 1 SÂ 3; BSG Urteil vom 6.4.2006 Â BÂ 7aÂ AL 56/05Â RÂ BSGE 96, 190 =Â SozR 44300 Â§Â 421g NrÂ 1, RdNrÂ 20; BSG Urteil vom 23.2.2011 Â BÂ 11Â AL 15/10Â RÂ SozR 43250 Â§Â 51 NrÂ 2 RdNrÂ 15; BSG Urteil vom 5.4.2023 Â BÂ 5Â R 36/21Â RÂ SozR 46710 ArtÂ 4 NrÂ 3 RdNrÂ 14). So ist es hier. Wie sogleich auszufÃ¼hren ist, besteht der geltend gemachte Anspruch des KlÃ¤gers nicht. Verzichtbar gewesen ist deswegen auch eine Nachholung der Beiladung im Revisionsverfahren (vgl hierzu zB B. Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Schmidt, SGG, 14.Â Aufl 2023, Â§Â 168 RdNrÂ 3d mwN).

12
III.Â Zu Recht hat das LSG die Berufung des KlÃ¤gers zurÃ¼ckgewiesen. Der angefochtene Bescheid ist rechtmÃ¤Ãig und beschwert ihn daher nicht iS des Â§Â 54 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG.

13
1.Â Der KlÃ¤ger kann die Vormerkung weiterer rentenrechtlicher Zeiten wegen der Erziehung der Tochter nicht beanspruchen. Als einzige Rechtsgrundlage fÃ¼r den

geltend gemachten Anspruch kommt Â§Â 149 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ VI in Betracht. Danach setzt der VersicherungstrÃ¤ger nach KlÃ¤rung des Versicherungskontos die im Versicherungsverlauf enthaltenen und nicht bereits festgestellten Daten, die lÃ¤nger als sechs Kalenderjahre zurÃ¼ckliegen, durch Bescheid fest (vgl zum Umfang zulÃ¤ssiger Feststellungen im Vormerkungsbescheid BSG Urteil vom 21.3.2018 Â BÂ 13Â R 19/14Â RÂ SozR 42600 Â§Â 149 NrÂ 5 RdNrÂ 16, 22). Der RentenversicherungstrÃ¤ger ist befugt, aber nicht verpflichtet, auf Antrag auch auÃerhalb eines KontenklÃ¤rungsverfahrens die Sozialdaten, die in den Versicherungsverlauf iS des Â§Â 149 AbsÂ 3 SGBÂ VI aufzunehmen sind, festzustellen. Die Befugnis zum Erlass eines ausgelagerten Vormerkungsbescheids besteht hinsichtlich solcher geklÃ¤rten Daten, die noch keine sechs Jahre zurÃ¼ckliegen (vgl speziell zur Vormerkung rentenrechtlicher Zeiten wegen der Erziehung von Kindern bereits BSG Urteil vom 28.2.1991 Â 4Â RA 76/90Â BSGEÂ 68, 171, 174 =Â SozR 32200 Â§Â 1227a NrÂ 7 S 14, juris RdNrÂ 18; aus jÃ¼ngerer Zeit zB BSG Urteil vom 21.3.2018 Â BÂ 13Â R 19/14Â RÂ SozR 42600 Â§Â 149 NrÂ 5 RdNrÂ 15; BSG Urteil vom 21.10.2021 Â BÂ 5Â R 28/21Â RÂ BSGE 133, 64 =Â SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 11, RdNrÂ 14). Sie besteht gleichermaÃen bezÃ¼glich geklÃ¤rter Daten, die, wie hier, bereits mehr als sechs Jahre in der Vergangenheit liegen (vgl ebenfalls speziell zur Vormerkung rentenrechtlicher Zeiten wegen der Erziehung von Kindern BSG Urteil vom 17.11.1992 Â 4Â RA 15/91 Â BSGE 71, 227 =Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 4, juris RdNrÂ 21 und BSG Urteil vom 16.11.1993 Â 4Â RA 39/92Â juris RdNrÂ 16). Entscheidet der RentenversicherungstrÃ¤ger gesondert Ã¼ber die Vormerkung rentenrechtlicher Zeiten, muss er einen inhaltlich zutreffenden Vormerkungsbescheid erlassen (aaO). Das trifft auf den Bescheid vom 25.9.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.1.2018 zu, soweit er hier angegriffen ist. Die Beklagte lehnte es darin in Ãbereinstimmung mit den rechtlichen Vorgaben ab, die Zeit vom 1.8.2001 bis zum 31.7.2004 als Kindererziehungszeit und die Zeit vom 19.7.2001 bis zum 9.11.2008 als weitere BerÃ¼cksichtigungszeit wegen Kindererziehung fÃ¼r den KlÃ¤ger vorzumerken.

14
a)Â Ob die Beklagte zur Vormerkung der streitbefangenen Zeiten verpflichtet ist, hat der Senat hier nach dem im Zeitpunkt seiner Entscheidung maÃgeblichen Recht zu beurteilen. Inhalt der feststellenden Regelung eines Vormerkungsbescheids ist, ob ein vom Versicherten geltend gemachter â€Vorleistungstatbestandâ€ nach seinen tatsÃ¤chlichen und rechtlichen Voraussetzungen nach dem zum Zeitpunkt des Erlasses des Vormerkungsbescheids geltenden materiellen Recht erfÃ¼llt ist, sodass die MÃ¶glichkeit besteht, dass er in einem kÃ¼nftigen Leistungsfall rentenrechtlich relevant werden kann (stRspr; vgl zuletzt BSG Urteil vom 5.4.2023 Â BÂ 5Â R 4/22 RÂ SozRÂ 4 RdNrÂ 17 mwN). Die Beklagte zog daher im Verwaltungsverfahren zutreffend das bei Bescheiderlass geltende Recht heran (Â§Â 300 AbsÂ 1 SGBÂ VI). Im sozialgerichtlichen Verfahren beurteilen sich AnsprÃ¼che aus Â§Â 149 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ VI dementsprechend nach dem im Zeitpunkt der gerichtlichen ÃberprÃ¼fung geltenden materiellen Recht, denn gestritten wird Ã¼ber die Vormerkung von TatbestÃ¤nden, die in der Zukunft rentenerheblich sein kÃ¶nnen (vgl BSG Urteil vom 24.10.1996 Â 4Â RA 108/95Â SozR 32600 Â§Â 58 NrÂ 9 SÂ 50, juris RdNrÂ 23; BSG Urteil vom 3.4.2001

Â BÂ 4Â RA 89/00Â RÂ SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 15 SÂ 81Â f, juris RdNrÂ 14 mwN).

15
b)Â Â§Â 56 AbsÂ 1 SGBÂ VI in der hier demnach maÃgeblichen aktuellen Fassung der Neubekanntmachung vom 19.2.2002 (BGBlÂ I 754) definiert Kindererziehungszeiten als Zeiten der Erziehung eines Kindes in dessen ersten drei Lebensjahren (SatzÂ 1). FÃ¼r einen Elternteil wird eine Kindererziehungszeit angerechnet, wennÂ 1. die Erziehungszeit diesem Elternteil zuzuordnen ist, 2.Â die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist oder einer solchen gleichsteht und 3.Â der Elternteil nicht von der Anrechnung ausgeschlossen ist (SatzÂ 2). Nach Â§Â 57 SatzÂ 1 SGBÂ VI, der aktuell ebenfalls in der Fassung der Neubekanntmachung vom 19.2.2002 gilt, ist die Zeit der Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendetem zehnten Lebensjahr bei einem Elternteil eine BerÃ¼cksichtigungszeit, soweit die Voraussetzungen fÃ¼r die Anrechnung einer Kindererziehungszeit auch in dieser Zeit vorliegen.

16
c)Â Gemessen daran sind fÃ¼r den KlÃ¤ger im streitbefangenen Zeitraum keine rentenrechtlichen Zeiten wegen der Erziehung der Tochter anzurechnen. Die Erziehungszeit vor dem 10.11.2008 ist ihm nicht iS des Â§Â 56 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ VI zuzuordnen.

17
aa)Â Zur Zuordnung der Erziehungszeit bestimmt Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI in der seit dem 1.1.2019 geltenden Fassung des RVLeistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetzes vom 28.11.2018 (BGBlÂ I 2016), dass, wenn mehrere Elternteile das Kind gemeinsam erzogen haben, die Erziehungszeit einem Elternteil zugeordnet wird (SatzÂ 2). Haben die Eltern ihr Kind gemeinsam erzogen, kÃ¶nnen sie durch eine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung bestimmen, welchem Elternteil sie zuzuordnen ist (SatzÂ 3); die SÃ¤tzeÂ 4 bisÂ 7 enthalten Regelungen zur Abgabe, zum Inhalt und zu den Rechtsfolgen einer solchen ErklÃ¤rung. Haben die Eltern eine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung nicht abgegeben, wird die Erziehungszeit dem Elternteil zugeordnet, der das Kind Ã¼berwiegend erzogen hat (SatzÂ 8). Liegt eine Ã¼berwiegende Erziehung durch einen Elternteil nicht vor, erfolgt die Zuordnung zur Mutter, bei gleichgeschlechtlichen Elternteilen zum Elternteil nach den Â§Â§Â 1591 oder 1592 des BÃ¼rgerlichen Gesetzbuchs, oder, wenn es einen solchen nicht gibt, zu demjenigen Elternteil, der seine Elternstellung zuerst erlangt hat (SatzÂ 9). Ist eine Zuordnung nach den SÃ¤tzenÂ 8 undÂ 9 nicht mÃ¶glich, werden die Erziehungszeiten zu gleichen Teilen im kalendermonatlichen Wechsel zwischen den Elternteilen aufgeteilt, wobei der erste Kalendermonat dem Ã¤lteren Elternteil zuzuordnen ist (SatzÂ 10).

18
FÃ¼r den Begriff â€Elternteilâ€ verweist Â§Â 56 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ VI auf Â§Â 56 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 3 und AbsÂ 3 NrÂ 2 und 3 SGBÂ I. Die Begriffe â€gemeinsame Erziehungâ€ und â€Ã¼berwiegende Erziehungâ€ sind nicht gesetzlich definiert. Beim weit zu verstehenden Begriff der gemeinsamen Erziehung wirken die Elternteile in AusÃ¼bung ihres Elternrechts zusammen, sodass fÃ¼r denselben Erziehungszeitraum Erziehungsanteile und Â beitrÃ¤ge der mehreren

Elternteile vorliegen (vgl BSG Urteil vom 16.12.1997 Â 4Â RA 60/97Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 10 S 46, juris RdNrÂ 14; vgl auch Fichte in Hauck/Noftz SGBÂ VI, 4.Â ErgÃ¤nzungslieferung 2023, Â§Â 56 RdNrÂ 35). Die hÃ¤usliche Gemeinschaft mit dem Kind ist hierfÃ¼r ein gewichtiges Indiz (vgl GÃ¼rtner in BeckOGK, SGBÂ VI, Â§Â 56, Stand 1.12.2018, RdNrÂ 25; Schuler-Harms in Schlegel/Voelzke, jurisPKSGBÂ VI, 3.Â AuflÂ 2021, Stand 1.4.2021, Â§Â 56 RdNrÂ 34). Unter â€žÃ¼berwiegender Erziehungâ€œ wird die Erziehungsleistung desjenigen Elternteils verstanden, der sich dem Kind in dem Sinne in hÃ¶herem MaÃ€ zuwendet, dass er sich der FÃ¶rderung dessen kÃ¶rperlicher, geistiger und seelischer Entwicklung in grÃ¶Ã€erem AusmaÃ€ und hÃ¶herer IntensitÃ¤t widmet (vgl BSG Urteil vom 16.12.1997 Â 4Â RA 60/97Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 10 S 46, juris RdNrÂ 15Â f). Dies beurteilt sich nicht nach dem jeweiligen erzieherischen Einfluss, sondern einem Vergleich der ErziehungsbeitrÃ¤ge nach objektiven MaÃ€stÃ¤ben, insbesondere danach, in wessen Haushalt das Kind aufgenommen ist und welcher Elternteil sich ihm in zeitlich grÃ¶Ã€erem Umfang widmet (BSG Urteil vom 28.2.1991 Â 4Â RA 76/90Â BSGEÂ 68, 171 =Â SozR 32200 Â§Â 1227a NrÂ 7, juris RdNrÂ 29; BSG Urteil vom 17.4.2008 Â BÂ 13Â R 131/07Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 5 RdNrÂ 15; vgl auch die EntwurfsbegrÃ¼ndung zum HEZG, BTDrucks 10/2677 SÂ 33; vgl dazu, dass auch im Unterhaltsvorschussrecht die Betreuungsleistung der Elternteile nicht qualitativ zu beurteilen ist, sondern anhand der auf sie jeweils entfallenden Zeitanteile, BVerwG Urteil vom 12.12.2023 Â 5Â C 9.22Â juris RdNrÂ 14 mwN zur Gegenmeinung). Zu wÃ¼rdigen ist dabei auch das jeweilige AusmaÃ€ der BerufstÃ¤tigkeit der Elternteile (vgl zu diesem Gesichtspunkt bereits BSG Urteil vom 31.8.2000 Â BÂ 4Â RA 28/00Â RÂ juris RdNrÂ 24; BSG Urteil vom 3.4.2001 Â BÂ 4Â RA 89/00Â RÂ SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 15 S 90, juris RdNrÂ 30).

19
Wer im Einzelfall nach objektiven Gesichtspunkten das Kind Ã¼berwiegend erzogen hat, ist vom RentenversicherungstrÃ¤ger zu ermitteln (Â§Â 20 SGBÂ X) und im Streitfall durch die Gerichte (Â§Â 103 SGG Â vgl hierzu BSG Urteil vom 31.8.2000 Â BÂ 4Â RA 28/00Â RÂ juris RdNrÂ 16; BSG Urteil vom 3.4.2001 Â BÂ 4Â RA 89/00Â RÂ SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 15 S 82Â f, juris RdNrÂ 17). Dabei mÃ¼ssen die Tatsachen, die fÃ¼r die Anrechnung von Kindererziehungszeiten beim Betroffenen erheblich sind, zur vollen Ã€berzeugung des Gerichts feststehen (vgl dazu, dass nur fÃ¼r Kindererziehungszeiten vor dem 1.1.1986 eine Glaubhaftmachung ausreicht, Â§Â 249 AbsÂ 5 SGBÂ VI).

20
bb)Â Ausgehend von den fÃ¼r den Senat bindenden Feststellungen des LSG (Â§Â 163 SGG) wurde die Tochter im streitbefangenen Zeitraum vom KlÃ¤ger und der Mutter gemeinsam erzogen, ohne dass die Eltern eine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung zur Zuordnung der Erziehungszeit abgegeben haben. Die Zuordnung der streitbefangenen Erziehungszeit zum KlÃ¤ger setzt mithin voraus, dass er die Tochter bereits vor dem 10.11.2008 iS des Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 8 SGB VI Ã¼berwiegend erzog. Die tatsÃ¤chlichen Feststellungen des LSG, die auf den umfangreichen Ermittlungen im sozialgerichtlichen Verfahren beruhen, tragen seine Beurteilung, dass sich dies fÃ¼r den streitbefangenen Zeitraum nicht erweisen

lasse.

21
cc)Â Auf die Regelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 10 SGBÂ VI, wonach die Erziehungszeiten im monatlichen Wechsel zwischen den Elternteilen aufgeteilt werden, kann der KlÃ¤ger sich von vornherein nicht berufen. Es handelt sich um eine weitere Auffangregelung, die nicht zur Anwendung kommt, wenn die Erziehung, wie hier, durch verschiedengeschlechtliche Elternteile und dabei auch durch die Mutter erfolgt (im Ergebnis ebenso Dankelmann in Kreikebohm/RoÃ□bach, SGBÂ VI, 6.Â Aufl 2021, Â§Â 56 RdNrÂ 15; Fiebig in Reinhardt/Silber, SGBÂ VI, 5.Â Aufl 2021, Â§Â 56 RdNrÂ 13; Kreikebohm/Jassat in BeckOK Sozialrecht, 71.Â Ed 1.12.2023, Â§Â 56 SGBÂ VI RdNrÂ 12; aA Fichte in Hauck/Noftz, SGBÂ VI, 4.Â ErgÃ¤nzungslieferung 2023, Â§Â 56 RdNrÂ 37; Schuler-Harms in Schlegel/Voelzke, jurisPKSGBÂ VI, 3.Â Aufl 2021, Stand 1.4.2021, Â§Â 56 RdNrÂ 40, 42). Das ergibt sich im Wege der Auslegung der Vorschrift.

22
(1)Â Nach seinem Wortlaut (â□□Ist eine Zuordnung nach den SÃ¤tzenÂ 8 undÂ 9 nicht mÃ¶glichâ□□) regelt Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 10 SGBÂ VI die Zuordnung von Erziehungszeiten ausschlieÃ□lich fÃ¼r Konstellationen, in denen keine Zuordnung anhand der beiden vorherigen SÃ¤tze erfolgen kann. Dass es sich bei der Regelung in SatzÂ 10 um eine bloÃ□e Auffangregelung handelt, wird durch die Systematik des Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI gestÃ¼tzt, nach der SatzÂ 10 an letzter Stelle des Absatzes steht.

23
(2)Â Einer solchen Auffangregelung bedarf es nicht, wenn ein Kind von verschiedengeschlechtlichen Elternteilen einschlieÃ□lich der Mutter erzogen wird. Die Erziehungszeit lÃ¤sst sich in diesen FÃ¤llen zumindest anhand der Regelung in SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 zuordnen.

24
In der Auslegung, die Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI in der Rechtsprechung des BSG erfahren hat, unterscheidet die Vorschrift drei Kategorien von Erziehung: die Alleinerziehung, die gemeinsame Erziehung und die Ã¼berwiegende Erziehung (vgl BSG Urteil vom 16.12.1997 Â 4Â RA 60/97Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 10 SÂ 46, juris RdNrÂ 13; BSG Urteil vom 3.4.2001 Â BÂ 4Â RA 89/00Â RÂ SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 15 SÂ 82Â f, juris RdNrÂ 17). Zwischen Alleinerziehung einerseits und gemeinsamer und Ã¼berwiegender Erziehung andererseits besteht ein VerhÃ¤ltnis der ExklusivitÃ¤t, wÃ¤hrend sich die TatbestÃ¤nde der gemeinsamen und Ã¼berwiegenden Erziehung nicht ausschlieÃ□en (vgl BSG Urteil vom 16.12.1997 Â 4Â RA 60/97Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 10 SÂ 46, juris RdNrÂ 13; vgl auch BSG Urteil vom 3.4.2001 Â BÂ 4Â RA 89/00Â RÂ SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 15 SÂ 82Â f, juris RdNrÂ 17; anders noch BSG Urteil vom 17.11.1992 Â 4Â RA 15/91Â BSGEÂ 71, 227, 229 =Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 4 SÂ 13, juris RdNrÂ 24). Um die abgestuften Zuordnungsregelungen in Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI zur Anwendung zu bringen, ist zunÃ¤chst danach zu differenzieren, ob ein Elternteil das Kind allein erzogen hat oder ob mehrere Elternteile das Kind erzogen haben. Im ersteren Fall wird nach

SatzÂ 1 die Kindererziehungszeit dem erziehenden Elternteil zugeordnet. Im Fall der Erziehung durch mehrere Elternteile ist weiter zu prÃ¼fen, ob ein Elternteil das Kind Ã¼berwiegend erzogen hat. Nach der Grundregelung im jetzigen SatzÂ 8 wird diesem die Kindererziehungszeit zugeordnet. Haben die mehreren Elternteile, wie regelmÃ¤Ã□ig, das Kind gemeinsam erzogen (aA Fichte in Hauck/Noftz, SGBÂ VI, 4.Â ErgÃ¤nzungslieferung 2023, Â§Â 56 RdNrÂ 38, demzufolge AlternativitÃ¤t zwischen einer â□□gemeinsamen Erziehungâ□□ und einer â□□Erziehung durch mehrere Elternteileâ□□ bestehe), besteht allerdings die MÃ¶glichkeit, durch eine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung iS des SatzÂ 3 zu bestimmen, welchem Elternteil die Erziehungszeit zuzuordnen ist. Eine solche ErklÃ¤rung des Elternwillens ist von der Verwaltung und den Gerichten zwingend zu beachten, ohne dass Ã¼berprÃ¼ft wÃ¼rde, ob ihr Inhalt der tatsÃ¤chlichen Erziehungssituation entspricht (vgl BSG Urteil vom 16.12.1997 Â 4Â RA 60/97Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 10 S 47, juris RdNr 16). Fehlt eine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung und lÃ¤sst sich eine Ã¼berwiegende Erziehung durch einen Elternteil nicht ermitteln, ist nach der Regelung im jetzigen SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 bei verschiedengeschlechtlichen Elternteilen die Erziehungszeit der Mutter zuzuordnen. Es handelt sich zwar lediglich um eine Auffangregelung, die eine widerlegliche Vermutung enthÃ¤lt (vgl BSG Urteil vom 16.11.1993 Â 4Â RA 39/92Â juris RdNrÂ 17; BSG Urteil vom 25.1.1994 Â 4Â RA 48/92Â juris RdNrÂ 37; BSG Urteil vom 3.4.2001 Â BÂ 4Â RA 89/00Â RÂ SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 15 SÂ 90, juris RdNrÂ 30; BSG Urteil vom 23.10.2003 Â BÂ 4Â RA 15/03Â RÂ BSGEÂ 91, 245 =Â SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 1 RdNrÂ 16; BSG Urteil vom 17.4.2008 Â BÂ 13Â R 131/07Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 5 RdNrÂ 17). HierÃ¼ber ist jedoch eine abschlieÃ□ende Zuordnung der Kindererziehungszeit in allen FÃ¤llen mÃ¶glich, in denen, wie hier, das Kind auch durch die Mutter erzogen wurde und die vorrangigen Zuordnungsregelungen in SatzÂ 3 und 8 nicht greifen.

25
(3)Â Dass Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 10 SGB�â VI unanwendbar ist in Konstellationen wie hier, entspricht auch dem Sinn und Zweck der Vorschrift, wie er sich aus den Gesetzesmaterialien erschlieÃ□t.

26
Der SatzÂ 10 wurde mit Wirkung zum 1.1.2019 durch das RVLeistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz vom 28.11.2018 (BGBlÂ I 2016) angefÃ¼gt. Zugleich wurden die bisherigen SÃ¤tzeÂ 8 undÂ 9 in ihrer Reihenfolge vertauscht sowie jeweils geÃ¤ndert. Den Materialien ist zu entnehmen, dass mit der Umstellung der bisherigen SÃ¤tzeÂ 8 undÂ 9 besser abgebildet werden sollte, dass die Zuordnung von Kindererziehungszeiten anhand eines gestuften Regelungssystems erfolgt (â□□aus rechtssystematischen GrÃ¼ndenâ□□, vgl die EntwurfsbegrÃ¼ndung zum RVLeistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz BTDrucks 19/4668 SÂ 32 zu ArtÂ 1 NrÂ 2). Die inhaltliche Ã□nderung der jetzigen SÃ¤tzeÂ 8 undÂ 9 sowie die AnfÃ¼gung von SatzÂ 10 erfolgten in erster Linie im Hinblick auf gleichgeschlechtliche Elternteile, die keine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung zur Zuordnung der Kindererziehungszeit abgegeben haben und bei denen keine Ã¼berwiegende Erziehung durch einen Elternteil vorliegt. Auf Grundlage der bisherigen Regelungen konnte die Erziehungszeit nicht in sÃ¤mtlichen dieser FÃ¤lle zugeordnet werden (vgl die EntwurfsbegrÃ¼ndung zum

RVLeistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz BTDrucks 19/4668 SÂ 31Â f zu ArtÂ 1 NrÂ 2). Die Auffangregelung im jetzigen SatzÂ 9 wurde deswegen fÃ¼r gleichgeschlechtliche Elternteile dahin erweitert, dass die Zuordnung der Erziehungszeit zur leiblichen Mutter iS des Â§Â 1591 oder zum Vater iS des Â§Â 1592 BGB erfolgt (TeilsatzÂ 2); wenn es keinen solchen Elternteil gibt, zum Elternteil, der bei einer Sukzessivadoption seine Elternstellung zuerst erlangt hat (TeilsatzÂ 3). Ferner wurde im neuen SatzÂ 10 eine weitere Auffangregelung geschaffen fÃ¼r die FÃ¤lle, bei denen selbst die erweiterte Regelung in SatzÂ 9 keine Zuordnung der Erziehungszeit ermÃ¶glicht. Danach wird die Erziehungszeit im kalendermonatlichen Wechsel zwischen den Elternteilen aufgeteilt.

27
Der Senat braucht nicht zu entscheiden, ob die weitere Auffangregelung in SatzÂ 10, die nach dem Wortlaut keine Erziehung durch gleichgeschlechtliche Elternteile voraussetzt, besondere Fallgestaltungen der Erziehung durch verschiedengeschlechtliche Elternteile erfasst, in denen eine Zuordnung der Erziehungszeit nach den Regelungen in den SÃ¤tzenÂ 8 undÂ 9 im Einzelfall versagt. Es spricht jedenfalls nichts dafÃ¼r, dass die neu angefÃ¼gte weitere Auffangregelung in SatzÂ 10 fÃ¼r die Erziehung durch verschiedengeschlechtliche Elternteile und dabei auch durch die Mutter gelten soll. Mit einem solchen VerstÃ¤ndnis wÃ¤re die Auffangregelung im jetzigen SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 Ã¼berflÃ¼ssig geworden, die der Gesetzgeber im Zuge der Ãnderung des Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI aber gerade beibehalten hat.

28
2.Â Der Senat ist nicht davon Ã¼berzeugt, dass die hier zur Anwendung kommende Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI den KlÃ¤ger in seinen Grundrechten verletzt. Der 13.Â Senat des BSG hat bezogen auf Kindererziehungszeiten bis 1992 bereits entschieden, dass die seinerzeit in SatzÂ 8 enthaltene Regelung, wonach eine Erziehungszeit im Zweifel der Mutter zugeordnet wird, nicht gegen Verfassungsrecht verstÃ¶Ãt (BSG Urteil vom 17.4.2008 Â BÂ 13Â R 131/07Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 5 RdNrÂ 17Â ff; vgl auch BSG Beschluss vom 25.2.2020 Â BÂ 13Â R 284/18Â BÂ juris RdNrÂ 7; BSG Beschluss vom 22.12.2021 Â BÂ 5Â R 163/21Â BÂ juris RdNrÂ 11). Der Senat schlieÃt sich dem, bezogen auf den hier betroffenen Zeitraum bis 2011 und darÃ¼ber hinaus, an und Ã¼bertrÃ¤gt die ErwÃ¤gungen auf die seit dem 1.1.2019 geltende Rechtslage.

29
a)Â Die Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI verletzt nicht die gleichheitsrechtlichen Anforderungen aus ArtÂ 3 AbsÂ 3 SatzÂ 1 iVm mit AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG, indem sie MÃ¼tter begÃ¼nstigt.

30
aa)Â Nach ArtÂ 3 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG sind MÃ¤nner und Frauen gleichberechtigt. Damit sollen Diskriminierungen wegen des Geschlechts ausgeschlossen werden, die auch ArtÂ 3 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GG verbietet (vgl, auch zum Folgenden, BVerfG Urteil vom 28.1.1992 Â 1Â BvRÂ 1025/82 uaÂ BVerfGE 85, 191, juris RdNrÂ 53; BVerfG Beschluss vom 16.11.1993 Â 1Â BvRÂ 258/86Â BVerfGE 89, 276, juris RdNrÂ 37;

BVerfG Beschluss vom 1.6.2022 Â 1Â BvRÂ 75/20Â juris RdNrÂ 21 mwN). Gleichzeitig stellt ArtÂ 3 AbsÂ 2 GG ein Gleichberechtigungsgebot auf und erstreckt dieses auch auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Der SatzÂ â□□MÃ¤nner und Frauen sind gleichberechtigtâ□□ will nicht nur Rechtsnormen beseitigen, die Vor- oder Nachteile an Geschlechtsmerkmale anknÃ¼pfen, sondern fÃ¼r die Zukunft Gleichberechtigung der Geschlechter durchsetzen. Er zielt auf eine Angleichung der LebensverhÃ¤ltnisse. Durch die AnfÃ¼gung von SatzÂ 2 in ArtÂ 3 AbsÂ 2 GG ist ausdrÃ¼cklich klargestellt worden, dass sich das Gleichberechtigungsgebot auf die gesellschaftliche Wirklichkeit erstreckt (vgl BVerfG Beschluss vom 14.4.2010 Â 1Â BvLÂ 8/08Â BVerfGEÂ 126, 29, juris RdNrÂ 65 mwN). Aus ArtÂ 3 AbsÂ 2 und AbsÂ 3 GG wird auch das allgemeinere Verbot abgeleitet, tradierte Rollenzuweisungen zulasten von Frauen durch mittelbare rechtliche Einwirkungen zu verfestigen (vgl hierzu NuÃ□berger in Sachs, GG, 9.Â Aufl 2021, ArtÂ 3 RdNrÂ 255 mit Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerfG).

31
Vor diesem Hintergrund darf das Geschlecht grundsÃ¤tzlich nicht als AnknÃ¼pfungspunkt fÃ¼r eine rechtliche Ungleichbehandlung herangezogen werden. An das Geschlecht anknÃ¼pfende differenzierende Regelungen sind nur ausnahmsweise mit ArtÂ 3 AbsÂ 3 SatzÂ 1 iVm AbsÂ 2 SatzÂ 1Â GG vereinbar, soweit sie zur LÃ¶sung von Problemen, die ihrer Natur nach nur entweder bei MÃ¤nnern oder bei Frauen auftreten kÃ¶nnen, zwingend erforderlich sind, oder wenn sie sich im Wege einer AbwÃ¤gung mit kollidierendem Verfassungsrecht ausnahmsweise legitimieren lassen (vgl BVerfG Urteil vom 28.1.1992 Â 1Â BvRÂ 1025/82 uaÂ BVerfGE 85, 191, juris RdNrÂ 55, 61; BVerfG Beschluss vom 24.1.1995 Â 1Â BvLÂ 18/93 uaÂ BVerfGE 92, 91, juris RdNrÂ 68; BVerfG Beschluss vom 7.10.2003 Â 2Â BvRÂ 2118/01Â BVerfGKÂ 2, 36; juris RdNrÂ 27; BVerfG Beschluss vom 25.10.2005 Â 2Â BvR 524/01Â BVerfGEÂ 114, 357, juris RdNrÂ 25; BVerfG Beschluss vom 7.11.2008 Â 2Â BvRÂ 1870/07Â BVerfGK 14, 381, juris RdNrÂ 26).

32
Aus dem durch ArtÂ 6 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG geschÃ¼tzten Elternrecht der VÃ¤ter ergibt sich hier kein strengerer MaÃ□stab. Leitbild des ArtÂ 3 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG iVm ArtÂ 6 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GG ist eine Gleichberechtigung beider Elternteile (vgl BVerfG Beschluss vom 25.10.2005 Â 2Â BvR 524/01Â BVerfGEÂ 114, 357, juris RdNrÂ 39 mwN). Der Gesetzgeber ist aber befugt, bei der Ausgestaltung der konkreten Rechte beider Elternteile die unterschiedlichen tatsÃ¤chlichen VerhÃ¤ltnisse zu berÃ¼cksichtigen (aaO juris RdNrÂ 41).

33
bb)Â Ausgehend von diesem MaÃ□stab verstÃ¶Ã□t die MÃ¼tter bevorzugende Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI jedenfalls derzeit nicht gegen gleichheitsrechtliche Anforderungen. Zwar bewirkt die Regelung in ihrem Anwendungsbereich eine unmittelbare Benachteiligung aller anderen im konkreten Einzelfall erziehenden Elternteile, die nicht Mutter (Â§Â 1591 BGB) des erzogenen Kinds sind, und damit auch eine unmittelbare Benachteiligung des Kindsvaters. Die Regelung dient auch nicht zur LÃ¶sung von Problemen, die ihrer

Natur nach nur entweder bei MÃ¤nnern oder bei Frauen auftreten kÃ¶nnen. Die Frage, wem die Kindererziehung zwecks Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung im Zweifel zuzuordnen ist, betrifft Elternteile jedweden Geschlechts. Die durch die Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI bewirkte unmittelbare Benachteiligung von MÃ¤nnern ist jedoch durch das ebenfalls aus ArtÂ 3 AbsÂ 2 GG abgeleitete Gleichstellungsgebot noch gerechtfertigt. Dieses berechtigt den Gesetzgeber, faktische Nachteile, die typischerweise Frauen treffen, durch begÃ¼nstigende Regelungen auszugleichen (vgl BVerfG Beschluss vom 28.1.1987 Â 1Â BvRÂ 455/82Â BVerfGEÂ 74, 163, juris RdNrÂ 46; BVerfG Beschluss vom 24.1.1995 Â 1Â BvLÂ 18/93 uaÂ BVerfGEÂ 92, 91, juris RdNrÂ 68). Indem die Auffangregelung die Erziehungszeit im Zweifel der Mutter zuordnet, werden Nachteile ausgeglichen, die infolge der Erziehungsleistung beim Erwerb von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen und die Frauen weiterhin deutlich hÃ¤ufiger betreffen als MÃ¤nner.

34
(1)Â Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung bezweckte von Anfang an auch eine SchlieÃung der VersorgungslÃ¼cken, die aufgrund der Kindererziehung entstehen kÃ¶nnen (vgl hierzu bereits BSG Urteil vom 17.4.2008 Â BÂ 13Â R 131/07Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 5 RdNrÂ 17). Bereits bei EinfÃ¼hrung der VorgÃ¤ngerregelungen zu Â§Â 56Â SGBÂ VI durch das Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz (HEZG) vom 11.7.1985 (BGBlÂ IÂ 1450) mWv 1.1.1986 wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass in Familien mit kleinen Kindern vielfach ein Ehegatte keine oder nur eingeschrÃ¤nkte eigene RentenansprÃ¼che aufbauen kann (vgl die EntwurfsbegrÃ¼ndung zum HEZG in BTDrucks 10/2677 SÂ 28 zu B.I). Der damalige Gesetzgeber ging davon aus, dass dies hÃ¤ufig Frauen betrifft. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten wurde daher von Anfang an als Beitrag zur Verbesserung der eigenstÃ¤ndigen sozialen Sicherung von Frauen konzipiert (aaO). Das ist ein legitimer Zweck.

35
ZunÃ¤chst war vorgesehen, dass bei einer gemeinsamen Erziehung durch Mutter und Vater die Kindererziehungszeiten bei Ersterer angerechnet werden, wenn nicht die Eltern eine anderslautende Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung abgeben (vgl Â§Â 1227a AbsÂ 2 SatzÂ 1 RVO; Â§Â 27 AbsÂ 1 BuchstÂ c AVG). Durch das RRG 1992 vom 18.12.1989 (BGBlÂ IÂ 2261) wurden mit Wirkung zum 1.1.1992 die inhaltlich geÃ¤nderten Zuordnungsregelungen in Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI Ã¼berfÃ¼hrt. Weiterhin erfolgte die Zuordnung der Kindererziehungszeiten in der Regel bei der Mutter. Die MÃ¶glichkeit der Eltern, durch Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung die Erziehungszeit dem Vater zuzuordnen, wurde allerdings ausgeweitet (vgl die EntwurfsbegrÃ¼ndung zum RRG 1992 in BR-Drucks 120/89 SÂ 166 zu Â§Â 56).

36
Die individuellen finanziellen Nachteile im Altersvorsorgesystem, deren Ausgleich die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bezweckt, treffen weiterhin mehr

Frauen als MÃ¤nner. Die tatsÃ¤chlichen LebensverhÃ¤ltnisse von Familien sind zwar hÃ¤ufiger als frÃ¼her von einer vorrangigen oder ausschlieÃlichen Betreuung des Kindes durch den Vater geprÃ¤gt (vgl BVerfG Beschluss vom 25.10.2005 Â 2Â BvRÂ 524/01Â BVerfGE 114, 357, juris RdNrÂ 40 mwN in Bezug auf aufenthaltsrechtliche Regelungen). Auch sind die ErwerbstÃ¤tigenquote und teilweise der zeitliche Umfang der ErwerbstÃ¤tigkeit von MÃ¼ttern gestiegen. Sie bleiben aber immer noch deutlich hinter denjenigen der VÃ¤ter zurÃ¼ck.

37
So waren im Jahr 2012, dem Jahr unmittelbar nach Ende des streitbefangenen Zeitraums, 31,7Â Prozent der MÃ¼tter mit einem im Haushalt lebenden Kind unter drei Jahren erwerbstÃ¤tig, wobei 29,6Â Prozent dieser erwerbstÃ¤tigen MÃ¼tter in Vollzeit tÃ¤tig waren. DemgegenÃ¼ber betrug die ErwerbstÃ¤tigenquote der entsprechenden VÃ¤ter 82,2Â Prozent bei einem Anteil an VollzeittÃ¤tigkeit von 93,7Â Prozent (Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Dezember 2013, Vereinbarkeit von Familie und Beruf â Ergebnisse des Mikrozensus 2012, SÂ 865 TabelleÂ 1). Innerhalb von Partnerschaften schrÃ¤nkten MÃ¼tter den Umfang ihrer ErwerbstÃ¤tigkeit hÃ¤ufiger ein als ihre mÃ¤nnlichen Partner: Von den gemischtgeschlechtlichen verheirateten oder unverheirateten Paaren, die 2012 mit mindestens einem minderjÃ¤hrigen Kind im Haushalt lebten und in denen beide Partner einer ErwerbstÃ¤tigkeit nachgingen, waren bei 69,9Â Prozent der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit tÃ¤tig (Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Dezember 2013, Vereinbarkeit von Familie und Beruf â Ergebnisse des Mikrozensus 2012, SÂ 871 TabelleÂ 4). 67,6Â Prozent der Frauen des Jahrgangs 1974 in den alten BundeslÃ¤ndern, zu denen die Kindsmutter im hier zu entscheidenden Fall gehÃ¶rt, bzw 74,3Â Prozent der Frauen dieses Jahrgangs in den neuen BundeslÃ¤ndern haben in ihrer Versichertenbiografie Zeiten der NichterwerbstÃ¤tigkeit von zwÃ¶lfÂ Monaten und mehr wegen Kindererziehung einschlieÃlich Schwangerschafts- und Mutterschutzzeiten. Dies trifft nur auf 2,3 bzw 1,0Â Prozent der MÃ¤nner desselben Jahrgangs zu und auf 2,8 bzw 1,6Â Prozent der MÃ¤nner des Jahrgangs 1958, dem der KlÃ¤ger angehÃ¶rt (LebensverlÃ¤ufe und Altersvorsorge der Personen der GeburtsjahrgÃ¤nge 1957 bis 1976 und ihrer Partner, MÃ¼nchen, November 2018, DRV-Schriftenreihe BdÂ 115, SÂ 27Â f TabellenÂ 41 und 42; die Werte beziehen sich auf das Jahr 2016).

38
Zwar erhÃ¶hte sich in den Folgejahren die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Bis zum Jahr 2019 stieg die ErwerbstÃ¤tigenquote von MÃ¼ttern mit einem Kind von unter drei Jahren im Haushalt gegenÃ¼ber derjenigen des Jahres 2012 aber um lediglich 5,3Â Prozentpunkte auf 37Â Prozent (Statistisches Bundesamt , Datenreport 2021, SÂ 62 AbbÂ 13). Bei den VÃ¤tern lag sie im Jahr 2019 bei 90Â Prozent (aaO). Die Aufteilung von Erwerbsarbeit und Kindererziehung in gemischtgeschlechtlichen Partnerschaften blieb nahezu unverÃ¤ndert gegenÃ¼ber 2012. Bei Ehepaaren, die mit mindestens einem Kind unter 15Â Jahren in einem Haushalt lebten, waren in 71Â Prozent der FÃ¤lle der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit erwerbstÃ¤tig, bei den entsprechenden eheÃ¤hnlichen Lebensgemeinschaften waren es 55Â Prozent (aaO, SÂ 63Â f).

39
Diese Aufteilung verÃ¤nderte sich infolge der EinfÃ¼hrung des Elterngeldes nur in sehr geringem Umfang, obwohl mit der Leistung auch eine Ãberwindung der Rollenteilung zwischen MÃ¤nnern und Frauen bezweckt war (vgl die EntwurfsbegrÃ¼ndung zum Gesetz zur EinfÃ¼hrung des Elterngeldes in BT-Drucks 16/1889, SÂ 14). Im Zeitraum von 2007 bis 2022, dh in den ersten 15Â Jahren nach EinfÃ¼hrung der neuen Leistung, sank der Anteil an gemischtgeschlechtlichen Paaren mit einem Kind unter drei Jahren im Haushalt, bei denen der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit arbeitet, lediglich um 4 Prozentpunkte von 69Â Prozent auf 65Â Prozent (Statistisches Bundesamt, WISTAÂ 4, 2023, SÂ 96Â f). ErhÃ¶ht hat sich allerdings der Umfang der Teilzeitarbeit der MÃ¼tter (aaO, SÂ 94, 97).

40
(2)Â Frauen bei der Anerkennung von kinderbezogenen Versicherungszeiten zu bevorzugen, ist eine grundsÃ¤tzlich geeignete MaÃnahme zur Verbesserung ihrer sozialen Absicherung. Datenauswertungen zeigen, dass die Unterschiede in der durchschnittlichen HÃ¶he der Rentenanwartschaften von MÃ¤nnern und Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung (âgender pension gapâ) im Zeitverlauf geringer werden. Der soziale Ausgleich innerhalb des Versicherungssystems, der nicht auf einer eigenen Beitragsleistung beruht, zB durch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten, trÃ¤gt hierzu maÃgeblich bei (vgl Czaplicki/Frommert/Zanker, Deutsche Rentenversicherung 2019, SÂ 25, 37Â f). Der Effekt wÃ¼rde weniger stark ausfallen, wenn die kinderbezogenen Zeiten in ZweifelsfÃ¤llen bei beiden Elternteilen hÃ¤lftig anerkannt wÃ¼rden, wie es der KlÃ¤ger befÃ¼rwortet (vgl zu diesem Gesichtspunkt bereits BSG Urteil vom 17.4.2008 Â BÂ 13Â R 131/07 RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 5 RdNrÂ 17).

41
(3)Â Die MÃ¼tter bevorzugende Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI ist auch verhÃ¤ltnismÃ¤Ãig im engeren Sinn (vgl dazu, dass nur eine verhÃ¤ltnismÃ¤Ãige FÃ¶rdermaÃnahme eine an das Geschlecht anknÃ¼pfende Ungleichbehandlung ausnahmsweise rechtfertigen kann, NuÃberger in Sachs, GG, 9.Â Aufl 2021, ArtÂ 3 RdNrÂ 261). Sie ist zwar durchaus geeignet, tradierte Rollenzuweisungen an MÃ¤nner und Frauen gleichermaÃen zu verfestigen (vgl allgemein zur Vermittlung von Rollenstereotypen durch sozialrechtliche Regelungen Felix, SGb 2024, 1, 3Â f). Diesem Gesichtspunkt kommt in den von Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI erfassten Fallgestaltungen jedoch kein so groÃes Gewicht zu, dass der Gesetzgeber von Verfassungs wegen zu einer geschlechtsneutralen Ausgestaltung selbst der Auffangregelung gehalten wÃ¤re. Die differenzierende Ausgestaltung der Zuordnungsregelungen in Â§Â 56 AbsÂ 2Â SGBÂ VI in der Auslegung, die sie inzwischen durch das BSG erfahren haben, lÃ¤sst in weiten Bereichen Raum fÃ¼r eine Zuordnung der Erziehungszeit an einen mÃ¤nnlichen Elternteil (so bereits BSG Urteil vom 17.4.2008 Â BÂ 13Â R 131/07Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 5 RdNrÂ 18). Die Zuordnung erfolgt grundsÃ¤tzlich anhand der tatsÃ¤chlichen LebensverhÃ¤ltnisse im Einzelfall (SatzÂ 8) und berÃ¼cksichtigt, soweit vorhanden, vorrangig den Ã¼bereinstimmenden Zuordnungswillen der gemeinsam erziehenden Elternteile (SatzÂ 3). Ãbernimmt ein Vater die Erziehung Ã¼berwiegend, wird ihm auch die

Erziehungszeit zugeordnet. Gleiches gilt im Fall gemeinsamer Erziehung, wenn die Eltern dies durch eine Ã¼bereinstimmende WillenserklÃ¤rung bestimmen. Erst wenn eine Zuordnung Ã¼ber diese geschlechtsneutralen Regelungen nicht mÃ¶glich ist, gibt SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 eine Zuordnung der Erziehungszeit zur Mutter vor. Dies ist durch das Ã¼berwiegende Gleichberechtigungsgebot gerechtfertigt. Die mit der Ausgestaltung der Auffangregelung verbundene Bevorzugung von Frauen ist ein legitimer Ausgleich fÃ¼r die Versorgungsnachteile in der gesetzlichen Rentenversicherung, die fÃ¼r sie typischerweise infolge der Mutterschaft immer noch eintreten. Bei den VÃ¤tern hat die Geburt eines Kindes hingegen nach wie vor kaum Einfluss auf das Erwerbsverhalten (Bundesministerium fÃ¼r Familie, Senioren, Frauen und Jugend, VÃ¤terreport. Update 2021, SÂ 31).

42
Verfassungsrechtliche Bedenken gegenÃ¼ber der abstrakt-generellen Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 SGBÂ VI folgen ebenso wenig daraus, dass nach dem Vortrag des KlÃ¤gers die Kindsmutter bislang keine Erziehungszeiten beansprucht. Ãber den geltend gemachten Anspruch ist allein mit Blick auf ihn zu entscheiden (vgl zu besonderen Fallgestaltungen, in denen sich Kindererziehungszeiten keinem Elternteil zuordnen lassen, BSG Urteil vom 3.4.2001 Â BÂ 4Â RA 89/00Â RÂ SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 15 S 90, juris RdNrÂ 30; BSG Beschluss vom 25.2.2020 Â BÂ 13Â R 284/18Â BÂ juris RdNrÂ 7). Soweit der KlÃ¤ger vorbringt, er sei aufgrund der Kindererziehung an einem Berufswechsel gehindert gewesen, stellt er schon keinen nachvollziehbaren Zusammenhang zwischen den mit seiner Berufswahl verbundenen ErwerbsmÃ¶glichkeiten und den rechtlichen Vorgaben fÃ¼r die Anerkennung von Kindererziehungszeiten her.

43
b)Â Soweit der KlÃ¤ger eine Ungleichbehandlung gegenÃ¼ber VÃ¤tern geltend macht, die als Teil eines gleichgeschlechtlichen Elternpaars ein Kind erziehen, wird er ebenfalls nicht in Grundrechten aus ArtÂ 3 GG verletzt. Eine geschlechtsbezogene Differenzierung zulasten des KlÃ¤gers scheidet unter diesem Aspekt von vornherein aus. Es ist keine Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts, wenn eine gesetzliche Regelung Rechte oder Pflichten nicht vom Geschlecht einer Person, sondern von der Geschlechtskombination einer Personenverbindung abhÃ¤ngig macht (vgl BVerfG Urteil vom 17.7.2002 Â 1Â BvF 1/01 uaÂ BVerfGE 105, 313, juris RdNrÂ 106; BVerfG Beschluss vom 8.11.2007 Â 2Â BvR 2466/06Â juris RdNrÂ 13). Ob die Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI zumindest mittelbar an die sexuelle Orientierung des erziehenden Elternteils anknÃ¼pft, kann dahinstehen. Die sexuelle Orientierung zÃ¤hlt nicht zu den von ArtÂ 3 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GG erfassten Unterscheidungsmerkmalen (vgl BVerfG Beschluss vom 8.11.2007 Â 2Â BvR 2466/06Â juris RdNrÂ 14). Unter dem Gesichtspunkt einer Ungleichbehandlung des KlÃ¤gers gegenÃ¼ber vergleichbaren Versicherten, die ein Kind als einer von mehreren gleichgeschlechtlichen Elternteilen erziehen, muss sich die Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI allein am allgemeinen Gleichheitsgebot (ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG) messen lassen. Dieses wird nicht verletzt.

44
aa)Â Der allgemeine Gleichheitssatz verbietet, eine Gruppe von Normadressaten im Vergleich zu anderen Normadressaten anders zu behandeln, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen kÃ¶nnten (vgl BVerfG Urteil vom 17.7.2002 Â 1Â BvFÂ 1/01 uaÂ BVerfGE 105, 313,juris RdNrÂ 108 mwN). Verboten ist auch ein gleichheitswidriger BegÃ¼nstigungsausschluss, bei dem eine BegÃ¼nstigung einem Personenkreis gewÃ¤hrt, einem anderen Personenkreis aber vorenthalten wird (vgl BVerfG Urteil vom 26.5.2020 Â 1Â BvL 5/18Â BVerfGEÂ 153, 358 RdNrÂ 94). ArtÂ 3 AbsÂ 1Â GG verwehrt dem Gesetzgeber nicht jede Differenzierung. Diese bedÃ¼rfen jedoch stets der Rechtfertigung durch SachgrÃ¼nde, die dem Ziel und dem AusmaÃ der Ungleichbehandlung angemessen sind. Dabei gilt ein stufenloser, am Grundsatz der VerhÃ¤ltnismÃ¤Ãigkeit orientierter verfassungsrechtlicher PrÃ¼fungsmaÃstab, dessen Inhalt und Grenzen sich nicht abstrakt, sondern nur nach den jeweils betroffenen unterschiedlichen Sach- und Regelungsbereichen bestimmen lassen. Hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Anforderungen an den die Ungleichbehandlung tragenden Sachgrund ergeben sich je nach Regelungsgegenstand und Differenzierungsmerkmalen unterschiedliche Grenzen fÃ¼r den Gesetzgeber, die von gelockerten, auf das WillkÃ¼rverbot beschrÃ¤nkten Bindungen bis hin zu strengen VerhÃ¤ltnismÃ¤Ãigkeitserfordernissen reichen kÃ¶nnen. Eine strengere Bindung des Gesetzgebers kann sich aus den jeweils betroffenen Freiheitsrechten ergeben (stRspr; vgl aus jÃ¼ngerer Zeit BVerfG Beschluss vom 26.3.2019 Â 1Â BvR 673/17Â BVerfGEÂ 151, 101 RdNrÂ 64; BVerfG Beschluss vom 8.7.2021 Â 1Â BvRÂ 2237/14Â uaÂ juris RdNrÂ 111).

45
Bei aus Bundesmitteln zum sozialen Ausgleich gewÃ¤hrten Leistungen wie den Kindererziehungszeiten besteht ein besonders groÃer Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers (vgl BSG Urteil vom 16.10.2019 Â BÂ 13Â R 14/18Â RÂ BSGEÂ 129, 192 = SozR 42600 Â§Â 70 NrÂ 3, RdNrÂ 38 unter Bezugnahme auf BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 11.1.2016 Â 1Â BvR 1687/14Â juris RdNrÂ 12 mwN; BSG Urteil vom 21.10.2021 Â BÂ 5Â R 28/21Â RÂ BSGEÂ 133, 64 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 11, RdNrÂ 34; BSG Urteil vom 26.7.2023 Â BÂ 5Â R 46/21Â RÂ in SozRÂ 4 RdNrÂ 44). Hinzu kommt, dass ein ebenfalls weiter Â freilich nicht unbegrenzterÂ Spielraum des Gesetzgebers fÃ¼r generalisierende, typisierende und pauschalierende Regelungen im Bereich der Massenverwaltung besteht, zu dem auch das Leistungsrecht der gesetzlichen Rentenversicherung zÃ¤hlt (vgl BSG Urteil vom 20.1.2021 Â BÂ 13Â R 5/20Â RÂ BSGEÂ 131, 202 = SozR 42600 Â§Â 88 NrÂ 4, RdNrÂ 40 mwN; BSG Urteil vom 21.10.2021 Â BÂ 5Â R 28/21Â RÂ BSGEÂ 133, 64 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 11, RdNrÂ 34). Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers ist bei bevorzugenden Typisierungen besonders groÃ (vgl BSG Urteil vom 28.6.2018 Â BÂ 5Â R 25/17Â RÂ BSGEÂ 126, 128 = SozR 42600 Â§Â 51 NrÂ 2, RdNrÂ 91; BSG Urteil vom 21.10.2021 Â BÂ 5Â R 28/21Â RÂ BSGEÂ 133, 64 = SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 11, RdNrÂ 34).

46
bb)Â Danach ist die Ausgestaltung der MÃ¼tter bevorzugenden Auffangregelung in

Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI nicht zu beanstanden. Der KlÃ¤ger verkennt bereits, dass die von ihm favorisierte Zuordnungsregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 10 SGBÂ VI ebenso wenig fÃ¼r VÃ¤ter zur Anwendung kommt, die ein Kind als Teil eines gleichgeschlechtlichen Elternpaars erziehen. Im gestuften Regelungssystem des Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI sind auch bei einer Erziehung durch mehrere Elternteile desselben Geschlechts zunÃ¤chst die geschlechtsneutralen Zuordnungsregelungen in SatzÂ 3 undÂ 8 heranzuziehen. ErmÃ¶glichen diese keine Zuordnung der Erziehungszeit, kommt als nÃ¤chstes die Auffangregelung in SatzÂ 9 TeilsatzÂ 2 zur Anwendung, wonach die Erziehungszeit der leiblichen Mutter (Â§Â 1591 BGB) oder dem Vater iS des Â§Â 1592 BGB zugeordnet wird. DemgemÃ¤Ã wird in dem vom KlÃ¤ger skizzierten Vergleichsfall, dass ein Vater ein Kind als Teil eines gleichgeschlechtlichen Elternpaars erzieht, keine Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung nach SatzÂ 3 abgegeben worden ist und eine iS des SatzesÂ 8 Ã¼berwiegende Erziehung durch den Vater sich nicht feststellen lÃ¤sst, die Erziehungszeit gemÃ¤Ã SatzÂ 9 TeilsatzÂ 2 vollstÃ¤ndig dem Vater zugeordnet. AnknÃ¼pfungspunkt ist in dem Fall seine Vaterschaft.

47
Soweit bezogen auf die vom KlÃ¤ger herangezogene Vergleichsgruppe Ã¼berhaupt von einer Ungleichbehandlung auszugehen ist, wird das allgemeine Gleichheitsgebot nicht verletzt. Das gilt selbst dann, wenn man zugunsten des KlÃ¤gers eine Betroffenheit des Familiengrundrechts aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG unterstellt. Es bestehen hinreichend gewichtige SachgrÃ¼nde, dass der Gesetzgeber fÃ¼r Fallgestaltungen, in denen wie hier die Erziehung durch die leiblichen Eltern erfolgt, keine gesetzliche Regelung zur Zuordnung der Erziehungszeit im monatlichen Wechsel zwischen den Elternteilen vorgesehen hat. Die Regelung in SatzÂ 10 kommt nur zur Anwendung, wenn insbesondere die Auffangregelungen in SatzÂ 9 TeilsatzÂ 2 undÂ 3 nicht greifen. Bei der Erziehung durch gemischtgeschlechtliche Elternteile einschlieÃlich der Mutter des Kindes besteht fÃ¼r eine solche weitere Auffangregelung kein Bedarf. Eine Zuordnung kann in diesen FÃ¤llen zumindest Ã¼ber SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 erfolgen, indem die Erziehungszeit der Mutter zugeordnet wird.

48
Bei der Erziehung durch gleichgeschlechtliche Elternteile war hingegen fÃ¼r die verbleibenden Fallgestaltungen, die auch vom geÃ¤nderten SatzÂ 9 nicht erfasst werden, eine weitere Auffangregelung erforderlich, um die Erziehung entsprechend Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGBÂ VI einem Elternteil zuordnen zu kÃ¶nnen. Nach ihrem Sinn und Zweck soll die weitere Auffangregelung in SatzÂ 10 alle verbliebenen ZweifelsfÃ¤lle erfassen. Das war, wie ausgefÃ¼hrt (sÂ unter A.III.1.c>cc>), auch erklÃ¤rtes Ziel der GesetzesÃ¤nderung (vgl erneut die EntwurfsbegrÃ¼ndung zum RVLeistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz BTDrucks 19/4668 SÂ 31Â f zu ArtÂ 1 NrÂ 2). Angesichts der Vielgestaltigkeit von Familien lieÃe sich dieses Ziel mit personenbezogenen Zuordnungskriterien Ã¤hnlich derjenigen, an die die Regelung in SatzÂ 9 anknÃ¼pft, schwerlich erreichen. Gleiches wÃ¼rde fÃ¼r Zuordnungskriterien gelten, die an bestimmte objektive UmstÃ¤nde der Erziehung anknÃ¼pfen. Die gesetzgeberische Zielsetzung der Auffangregelung in SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1, nÃ¤mlich die Frauen gegenÃ¼ber MÃ¤nnern weitaus hÃ¤ufiger

betreffenden Nachteile beim Anwartschaftserwerb auszugleichen, kann bei einer Erziehung durch mehrere Elternteile des gleichen Geschlechts keine Rolle spielen.

49
Dass keine entsprechende gesetzliche Zuordnungsregelung fÃ¼r Fallgestaltungen existiert, in denen die Erziehung durch gemischtgeschlechtliche Elternteile einschlieÃlich der Mutter des Kindes erfolgt, belastetet die betroffenen Elternteile nicht unzumutbar. Ihnen bleibt bei gemeinsamer Erziehung die MÃ¶glichkeit, durch Ã¼bereinstimmende ErklÃ¤rung nach Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ VI zu bestimmen, dass und welche Teile der Erziehungszeit den einzelnen Elternteilen zuzuordnen ist. Diese wÃ¼rde bei einer entsprechenden ErklÃ¤rung sogar eine Zuordnung im monatsweisen Wechsel ermÃ¶glichen (vgl BSG Urteil vom 16.12.1997 Â 4Â RA 60/97Â SozR 32600 Â§Â 56 NrÂ 10 SÂ 46, juris RdNrÂ 14).

50
c)Â Die Anwendung der MÃ¼tter bevorzugenden Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI auf den streitbefangenen Vormerkungsanspruch verletzt den KlÃ¤ger auch nicht in seinen Grundrechten aus ArtÂ 6 GG. Auf den von ArtÂ 6 AbsÂ 4 GG gewÃ¤hrleisteten Mutterschutz kann sich der KlÃ¤ger von vornherein nicht berufen, weil VÃ¤ter durch dieses Grundrecht nicht geschÃ¼tzt werden (vgl zB Brosius-Gersdorf in Dreier, GG, 4.Â Aufl 2023, ArtÂ 6 RdNrÂ 440 mwN). Von ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG geschÃ¼tzte Grundrechte sind nicht verletzt. Die Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI bewirkt keinen Eingriff in die Ehe, weil sie, wie Â§Â 56 AbsÂ 2 SGBÂ VI insgesamt, nicht zwischen verheirateten und unverheirateten Elternteilen differenziert (vgl bereits BSG Urteil vom 17.4.2008 Â BÂ 13Â R 131/07Â RÂ SozR 42600 Â§Â 56 NrÂ 5 RdNrÂ 21).

51
Ebenso wenig wird in die durch ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG geschÃ¼tzte Familie eingegriffen. Als Familie geschÃ¼tzt ist die dauerhafte Verantwortungsgemeinschaft von Eltern mit Kindern (vgl zB BVerfG Beschluss vom 9.4.2003 Â 1Â BvR 1493/96Â uaÂ BVerfGE 108, 82, juris RdNrÂ 74 mwN). ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG garantiert als Abwehrrecht die Freiheit, Ã¼ber die Art und Weise der Gestaltung des familiÃ¤ren Zusammenlebens selbst zu entscheiden (vgl, auch zum Folgenden, BVerfG Beschluss vom 10.11.1998 Â 2Â BvRÂ 1057/91Â uaÂ BStBlÂ II 1999, 182 = BVerfGE 99, 216, juris RdNrÂ 63 mwN). Eltern dÃ¼rfen ihr familiÃ¤res Leben nach ihren Vorstellungen planen und verwirklichen und insbesondere in ihrer Erziehungsverantwortung entscheiden, ob und in welchem Entwicklungsstadium das Kind Ã¼berwiegend von einem Elternteil allein, von beiden Eltern in wechselseitiger ErgÃ¤nzung oder von einem Dritten betreut werden soll. Es ist nicht ersichtlich, dass die Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI das Zusammenleben der Familie des KlÃ¤gers oder die Ausgestaltung der Erziehung der Tochter betroffen haben kÃ¶nnte. Konkrete AnsprÃ¼che auf bestimmte staatliche Leistungen lassen sich aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG nicht herleiten (vgl BVerfG Beschluss vom 7.2.2012 Â 1Â BvL 14/07Â BVerfGEÂ 130, 240, 251Â f = SozR 47835 ArtÂ 1 NrÂ 1 RdNrÂ 38).

52

d)Â Die vom KlÃ¤ger zudem gerÃ¼gte Verletzung seiner allgemeinen Handlungsfreiheit (ArtÂ 2 AbsÂ 1Â GG) vermag der Senat nicht zu erkennen. Es ist auch insoweit nicht nachvollziehbar, inwiefern im BegÃ¼nstigungsausschluss, den die Anwendung der Auffangregelung in Â§Â 56 AbsÂ 2 SatzÂ 9 TeilsatzÂ 1 SGBÂ VI hier fÃ¼r ihn bewirkt, zugleich ein Eingriff liegen kÃ¶nnte. Dass es zu seinen Lasten geht, dass sich eine Ã¼berwiegende Erziehung der Tochter durch ihn nicht hat erweisen lassen, folgt allein aus den Regeln der Beweislastverteilung im sozialgerichtlichen Verfahren. Danach trÃ¤gt derjenige, der ein Recht fÃ¼r sich in Anspruch nimmt, im Zweifel die Beweislast fÃ¼r die rechtsbegrÃ¼ndenden Tatsachen (vgl zB BSG Urteil vom 21.10.2021 Â BÂ 5Â R 1/21Â RÂ SozR 42600 Â§Â 53 NrÂ 2 RdNrÂ 25 mwN).

53
B.Â Die Kostenentscheidung folgt aus Â§Â 183 SatzÂ 1, Â§Â 193 AbsÂ 1 undÂ 4 SGG
.

Â

Erstellt am: 26.06.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024